

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 16

ersch. am Sonntag.
Zusatzpreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbesug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 10. April 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12IV.
Fernruf: Berlin 82, Rufnummer 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Die Gewerkschaften in Abwehrstellung.

Während des Druckes der letzten Nummer unserer Zeitung hat sich der Lohnpolitische Ausschuß im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem in der Hauptsache die Sachbearbeiter der Lohn- und Tariffragen der einzelnen Verbände angehören, mit der durch die Vierte Notverordnung geschaffenen lohnpolitischen Situation beschäftigt. Besondere Gegenstand der Verhandlungen war die Sachlage, die sich durch die in Aussicht stehenden Kündigungen der Ende April ablaufenden Lohnverträge ergeben muß. Da der Verhandlungstag zugleich der Vortag des letztzulässigen Kündigungstages war, konnte auch dem Lohnpolitischen Ausschuß ein Ueberblick über die tatsächlich erfolgten Kündigungen noch nicht gegeben werden. Auch heute, bei der Niederschrift dieser Zeilen, ist noch nicht klar zu übersehen, in welchem Umfange vom Kündigungsrecht Gebrauch gemacht worden ist. Für die Reichslohntarife, die für unsere Mitglieder gelten, ist es bei der in unserer letzten Nummer dargestellten Sachlage geblieben. Nur der Deutsche Buchdruckerverein hat den für ihn geltenden Vertrag gekündigt. Weitere Kündigungen sind nicht erfolgt, so daß mit dieser Ausnahme alle für unsere Mitglieder gültigen Reichslohntarife zunächst weiterlaufen. Nach den Bestimmungen der uns ausgezwungenen Verträge sind diese nunmehr jeweils zum Monatsende mit einmonatiger Frist aufkündbar.

In anderen Berufen wird es Ende April zu größeren Lohnkämpfen kommen. Für die zur Zeit absolut verworrene Situation ist es sehr bezeichnend, daß die umfangreichsten Kündigungen für die Staats- und kommunalen Betriebe erfolgt sind. Obwohl Reichsarbeitsminister Stegerwald in seiner offiziellen Auslassung zu erkennen gegeben hat, daß „nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die Vierte Notverordnung eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und auch nicht wünschenswert“ sei, wird ausgerechnet in Staats- und Kommunalbetrieben in größerem Umfange der Versuch zu einem weiteren Lohndruck bei der ersten sich jetzt bietenden Gelegenheit unternommen. Wie die Tagespresse hierzu berichtet, ist als treibendes Element hierbei der Reichsfinanzminister aufgetreten. Diese Tatsache ist ein unbestreitbares Zeichen für die von den Gewerkschaften vertretene Auffassung, daß nicht wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern politische Motive den heutigen Lohnstand bestimmten. Es sollte jedoch auch dem Reichsfinanzminister inzwischen klargeworden sein, daß der durch die Vierte Notverordnung be-

wirkte Absturz des Lohnes ins Bodenlose das letzte gewesen sein muß, was der schaffende Mensch ertragen kann. Ausgepreßt bis zum letzten Tropfen vermag der unter den schwersten Existenzsorgen zusammenbrechende Arbeiterhaushalt weitere Opfer in Gestalt noch verminderter Subsistenzmittel nicht mehr auf sich zu nehmen. Braucht der Reichsfinanzminister und seine nachgeordneten Organe noch mehr Geld, dann soll er sich dieses nach einer zeitgemäßen Drosselung überflüssiger Ausgaben von den Bevölkerungsschichten holen, die die Not der Zeit noch nicht kennengelernt haben. Wir sind der Meinung, daß dort noch mit leichter Mühe die Millionen und Milliarden zu finden sind, die man entgegen allen Gesetzen des gesunden Menschenverstandes aus dem bis zum Unerträglichsten ausgeplünderten Arbeiterhaushalt erneut herausquetschen will. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben doch auch zur Genüge gezeigt, daß die Staats- und Kommunalfinanzien selbst durch den schärfsten Lohndruck nicht zu sanieren sind, sondern daß im Gegenteil vermindertes Arbeitseinkommen durch spärlicher fließende steuerliche Einnahmen eine gesteigerte Unordnung herbeiführen müssen.

Wenn nunmehr vorwiegend die Gemeinde- und Staatsarbeiter — neben anderen Berufsgruppen — als erste Opfer weiterer Lohnkürzungen ausersehen sind, dann gebietet es der Selbsterhaltungstrieb den übrigen Arbeiterschichten, den in der ersten Linie des Kampfes Stehenden alle nur denkbare Hilfe zu bringen und sie in ihrer Abwehrstellung mit allen Mitteln zu unterstützen. Denn niemand kann darüber im Zweifel sein, daß eine nochmalige Senkung des Lohnes der bezeichneten Berufsgruppen das Signal ist für die Privatwirtschaft, dem gegebenen Beispiel umgehend zu folgen. Darum bedeutet auch die Nichtkündigung größerer Teile der laufenden Lohnverträge nicht ein Aufgeben des Versuches zu weiterem Lohndruck, sondern nur dessen Verschiebung um wenige Wochen.

Es ist gleichsam eine Ironie des Schicksals, daß die Anschauung des Reichsarbeitsministers, nach der „bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifforderungen unterbleiben müsse“, ausgerechnet von einem seiner Ministerkollegen so bedenkenlos beiseite geschoben wird. Diese Tatsache läßt Rückschlüsse zu auf die Haltung des gesamten Reichskabinetts zur Lohnfrage und auch auf die spezielle Haltung des Reichskanzlers Brüning, der seinerzeit eine „Revision“ der bisherigen amtlichen Lohn-

politik“ zugesagt für den Fall, daß eine „neue Situation“ eintreten würde. Gleich unserer Ausführungen in der letzten Nummer unserer Zeitung war auch der Lohnpolitische Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Auffassung, daß diese „neue Situation“ durch das starke Mißverhältnis zwischen dem derzeitigen Lohnstand und den für die Aufrechterhaltung des Arbeiterhaushalts maßgeblichen Warenpreisen gegeben sei. Das spricht selbst ein so unverdächtigster Zeuge, wie die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände aus, die sich zu dem Eingeständnis durchrang, daß „in der Tat die Senkung der Preise hinter dem Ausmaß der Senkung der Löhne und Gehälter durch die letzte Notverordnung zurückgeblieben ist“.

Angeichts dieser Umstände ist es wirklich eine Selbstüberwindung größten Ausmaßes, wenn der Lohnpolitische Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Unternehmern heute zu stellen haben. Die Linie, die die Reichsregierung in der Richtung des Lohndruckes eingehalten hat, war durchaus klar. Jetzt ist zu fordern, daß eine ebenso klare Linie in der Richtung eines nachhaltigen Lohnschusses gezeigt wird, damit der Lebensstandard des deutschen Arbeiters nicht unter den des chinesischen Kulis herabsinkt.

Der Ausschuß des ADGB.

hielt seine fünfte Sitzung am 22. März ab. Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart mit ehrenden Worten Paul Umbrechts, der am 21. März mitten aus einer arbeitsreichen Tätigkeit heraus uns entrisen worden ist. — Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongress veranlaßt haben. Der Kongress wird nunmehr am 13. April stattfinden. — Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Es war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine solche besondere Organisation nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Bedingungen für ihre arbeitslosen werdenden Mitglieder so zu gestalten, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der

Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorränge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade diese Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften in der jetzigen Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broecker behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiterschaft bedeuten.

In der Ansprache wurde betont, daß sich alle Gewerkschaften nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände selbst bleiben. Der Bundesausschuß war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll. — In der Debatte wurde auch weiter darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis wurden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristig Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Aenderung zu erreichen.

Jacob Henkes †.

Der Würgengel Tuberkulose hat einen unserer Besten dahingerafft; **Jacob Henkes-Bonn** ist ihm am 21. März erlegen. Jeder, der Gelegenheit hatte, mit dem Kollegen Henkes zusammen zu arbeiten, hatte ehrliche Freude an diesem prächtigen Menschen. Unbeirrt und mit großer Ruhe und Sachlichkeit verfolgte er sein Ziel, der Arbeiterschaft und besonders seinen Kollegen zu helfen im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage. Dem Aufbau unseres Verbandes in Bonn hat er sich besonders gewidmet. Auf ungemein schwierigem Gebiet gegen viel Feinde hat er zähe und unverdrossen die undankbare Arbeit geleistet, die Unternehmer, den großen und die vielen kleinen, davon zu überzeugen, daß auch der Buchbinder und unsere Kolleginnen Rechte zu beanspruchen haben. Der Fortschritt in Bonn ist unverkennbar. In jungen Jahren — nur erst 42 Jahre alt — mußte er von uns scheiden. Wir haben einen unserer Besten verloren, er bleibt uns unvergessen.

Am 2. April wurde seine Asche auf dem Nordfriedhof in Bonn beigesetzt. Die starke Beteiligung zeigte, welche Verehrung der Verstorbene genoß. Fast sämtliche Mitglieder der Zahlstelle Bonn, zahlreiche Kollegen aus Köln, seine Kollegen aus dem Betrieb, Vertreter der Partei, des Freidenkerbundes und Vertreter von sozialen Körperschaften nahmen in großer Zahl daran teil.

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 13. März habt Ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, Euren Sieg auszunutzen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und Euch neue Ketten.

Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammer Schlag gegen die Feinde eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Auffhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Falkenberg

**Die Eisernen Front ruft:
Mehr Stimmen für Hindenburg!
Schlagt Hitler!**

Am 13. März brach der faschistische Generalangriff auf die Rechte des deutschen Volkes zusammen. Frauen und Männer der Eisernen Front! Bollendet den Sieg, den ihr erstritten!

Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale Bedeutung. Der 13. März brachte die Niederlage Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg! Das ist die Parole für den 10. April!

kehrt mit eisernem Besen Deutschland rein von Bürgerkriegsbanden und Beutepolitikern. Einem Gewitter gleich muß der 10. April die politische Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit der Privatarmee eines Abenteurers! Jede Stimme für Hindenburg ist eine Stimme für die Auflösung der SA!

Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Nur ein Deutschland, das frei ist vom Hitler-Fieber, kann die Kraft entwickeln, die zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Hitler heißt Inflation! Hitler heißt Beseitigung der sozialen Einrichtungen! Hitler heißt Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegsoffer! Hitler heißt Krieg, Hunger, Not und Elend für das deutsche Volk!

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle fällen, die trotz der Lehren des 13. März töricht genug sind, auch am 10. April noch für Hitler und seine Bürgerkriegsarmee zu stimmen. Macht Schluß mit dem frevelhaften Spiel, das mit eurer Existenz und dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben wird! Wer Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Zukunft. Hütet euch, das kostbare Gut der politischen, staatsbürgerlichen Freiheit preiszugeben.

Thälmann ist diesmal nicht nur Mostaus Zählmann. Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitler-Stimme. Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg.

Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung für die Landeswahlen am 24. April.

Frauen und Männer der Eisernen Front! Ziel wird von euch gefordert! Wochen der Opfer und Kämpfe liegen hinter euch — neue Wochen noch schwererer Kämpfe stehen euch bevor! Es geht um Großes! Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen Angriff auf der ganzen Linie! Keine Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am 10. April muß sich Hitler noch einmal stellen, um noch einmal geschlagen zu werden. **Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod!**

Vorwärts für Volksrechte gegen Diktatur!

* * *

Ein zweiter Wahlgang zur Bestimmung des Reichspräsidenten ist notwendig. Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften freiheitlicher Richtung rufen in Gemeinschaft mit der Kampfleitung der Eisernen Front zu reiflicher Wahlbeteiligung auf. Nicht darum geht es nur, die Wiederwahl des seitherigen Reichspräsidenten zu sichern. Viel größer ist die Aufgabe, die dem mündigen deutschen Wähler gestellt ist.

Es gilt, politisches Abenteuerum vernichtend zu schlagen!

Kein Gewerkschaftsmitglied darf fehlen, wenn am 10. April dem Wahnsinn faschistischer Terror- und Gewaltpolitik eine vernichtende Niederlage bereitet werden soll.

Faschistische Politik ist Haß- und Vernichtungspolitik gegen unsere freien Gewerkschaften.

Im Dritten Reich der Faschisten soll der Arbeiter verklärt, die Arbeiterin unter Preisgabe aller Selbständigkeit, Gleichberechtigung und weiblicher Würde zur Dienstmagd erniedrigt werden. Das ist Ziel und Streben des Faschismus.

Der Grundsatz der gerechten Entlohnung für geleistete Arbeit hat im Dritten Reich keine Geltung. Nach dem Programm der Nationalsozialisten soll nur mehr ein Existenzminimum unter Anpassung an die Verhältnisse der einzelnen Orte festgesetzt werden, das möglichst niedrig zu sein hat.

Hilfe für unschuldig Arbeitslose, für Kranke, Invalide soll es im Dritten Reich nicht geben.

Die faschistischen Wanderredner haben in ihren mit Schlagring und Revolver geführten Wahlkampfreden ihren Haßgefühlen gegen unsere Gewerkschaften freien Lauf gelassen. Alle

unter den schwersten Kämpfen errungenen Erfolge sollen unter der Herrschaft der Nationalsozialisten mit einer Handbewegung beseitigt werden. Der korrupte, vom Schwerekapitalismus ausgehaltene Faschismus kennt nur einen Gegner, die freie Arbeiterbewegung. Seine Agitation gegen unsere Gewerkschaften ist eine Häufung der niedrigsten erbärmlichsten Anwürfe gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft und niederträchtigste Beschimpfung vor allem der bedauernswerten Opfer der unfähigen kapitalistischen Wirtschaft, der Arbeitslosen, die in den Augen Hitlerscher Propagandisten nichts anderes sind als arbeitscheues Gesindel.

Das politische Leben Deutschlands ist durch die faschistischen Agitationsmethoden auf einen unsagbaren Tiefstand herabgedrückt,

parlamentarisches Leben unmöglich gemacht worden. Die nationalsozialistischen Propagandisten, an deren Spitze Hitler selbst, wollen sich zu den Herrschern Deutschlands aufschwingen, die über die ihres Wertes bewußte Arbeiterschaft mit der Knute zu regieren gedenken. **Wer kann solchen Elementen am 10. April seine Stimme geben, die den Weg zu ihrer erstrebten Herrschaft mit Raufboldmanieren vorbereiten, denen ein Menschenleben nichts gilt und deren geistige Kampfkraft sich im Gebrauch von Stahlruten und anderen Mordwerkzeugen erschöpft?**

Jeder aufrechte Mensch muß sich mit Absehen von einer Partei abwenden, die ihre Anhänger systematisch zum Menschenmord erzieht.

Menschenglück und Menschenwohl sind ihr fremde Begriffe, sie werden erfüllt von dem Streben ihrer Führer nach der Futtertruppe, die ihr ein behagliches Leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung bringen soll. Unehrlisch nach innen und außen, in allen ihren Taten und Handlungen, in ihrer ganzen Agitationsmethode, ist ihr Arbeiten auf die Vernichtung des freien Willens eines jeden freien Menschen gerichtet. Unehrlisch schon ihr Name. Gestützt auch vom ausländischen Kapital, ist sowohl ihr angeblicher Nationalismus als auch ihr Sozialismus eine Verhöhnung der Begriffe, die in diesem Namen vereinigt sind und der nur eingestellt ist auf den Fang und die Benebelung urteilsunfähiger Menschen.

Die Gewerkschaften erkennen im Faschismus die größte Gefahr für die politische und wirtschaftliche Entwicklung und für das Friedensstreben des von Kriegswegen und Kriegsfolgen so schwer mitgenommenen deutschen Volkes.

Darum muß dem Faschismus am 10. April eine Niederlage bereitet werden, die die Einleitung sein soll zu seinem Zerfall.

Das Unglück des deutschen Volkes heißt: Faschismus.

Eine in sich einige Arbeiterschaft würde dieses Unglück hinwegfegen, ohne sich anzustrengen. Die fehlende Einheit jedoch zwingt zur reiflosen Zusammenballung aller derjenigen, die den Faschismus schlagen wollen.

Hitler muß vernichtend geschlagen werden!

Wer das ernsthaft will, gibt seine Stimme am 10. April dem feilherigen Reichspräsidenten Hindenburg.

Änderungen in der Arbeitslosenversicherung.

Mit dem 21. März ist eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung erlassen worden, die neben organisatorischen und verwaltungstechnischen Änderungen auch materielle Neues bringt. Die Verordnung enthält darum auch für unsere Mitglieder einige beachtliche Änderungen.

Welche geringfügigen Beschäftigungen versicherungsfrei waren, ist im § 75a gesagt. Neu ist, daß der Vorstand der Reichsanstalt bindende Richtlinien darüber aufstellen kann, wann die geringfügige Beschäftigung im Rahmen des § 75a versicherungsfrei ist und welche Voraussetzungen vorliegen müssen.

Die Unterstützungsdauer bleibt über den 31. März hinaus bis auf weiteres unverändert mit 20 bzw. 16 Wochen.

Für die Höhe der Unterstützung ist beachtenswert, daß für die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden darf als der Grundlohn, der für die Beitragsentrichtung galt. War der Arbeiter unterverpflichtet, dann bestand in engen Grenzen die Möglichkeit der Nachentrichtung der fehlenden Beitragsteile. Neu ist, daß Beiträge und Beitragsteile, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Hat der Arbeitslose entgegen den Anrechnungsvorschriften zu viel Unterstützung erhalten, dann bedarf es jetzt nicht mehr seiner Zustimmung, wenn das Arbeitsamt zur Befriedigung seines Ersatzanspruches auf rückständige Bezüge (bis zur vollen Höhe) oder auf andere Bezüge (bis zur halben Höhe) zurückgreift.

Der versicherte Arbeitslose hat ein Recht auf die Leistungen der Krankenkasse nach § 214 RVD. nicht mehr. Diese Vorschrift des § 127 ist weggefallen.

Neu ist, daß bei der Auszahlung die Arbeitslosenunterstützung auf den nächsten höheren oder niedrigeren, durch 5 teilbaren Betrag abzurunden ist.

Der Unterstützungsempfänger ist verpflichtet, eine Reihe der im § 176 bezeichneten Umstände dem Arbeitsamt unverzüglich anzuzeigen. Neu ist, daß der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts die Anzeige noch anderer bestimmter Tatsachen morden kann, deren Nachweis für die Beurteilung des Anspruchs bedeutsam ist.

Für die Kurzarbeiterunterstützung ist neu, daß der Arbeitgeber dem Arbeitsamt die Voraussetzungen für die Gewährung der Unterstützung nachzuweisen hat. Auf Verlangen hat er die Lohnbücher einsehen zu lassen und Betriebskontrollen zu gestatten.

Für die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden bestimmt eine Verordnung vom 19. März 1932, daß die Verordnung vom 18. Oktober 1930 über den 31. März hinaus in Kraft bleibt.

Die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung tritt am 18. April in Kraft.

Berichte.

Berlin. In der von 521 Delegierten besuchten Jahres-Generalversammlung gedachte Kollege Priemer vor Eintritt in die Tagesordnung der im Berichtsjahre verstorbenen 48 Kollegen und 20 Kolleginnen in üblicher Weise. Unter Anlehnung an den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht erläuterte sodann Kollege Imhof die Arbeit der Ortsverwaltung und der Branchenleitungen. Die Beschäftigungsmöglichkeit hat sich im Berichtsjahre bebauerlicherwehke weiter verschlechtert. Die Führer der Wirtschaft haben ergebnislos versucht, den Nachweis dafür zu erbringen, daß nur sie imstande sind, die zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufzurichten. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß auch die Großbanken und ein großer Teil der Großbetriebe zusammengebrochen wären, wenn die Reichsregierung nicht eingegriffen hätte. — Auch im vergangenen Jahre hat die RVD. und die dieser gleichgerichtete NSD. versucht, die Gewerkschaften zu erschüttern. Der gute gewerkschaftliche Geist unserer Mitglieder jedoch hat alle Bemühungen dieser Gruppen zum Scheitern gebracht. Die Ortsverwaltung wird nach wie vor alle derartigen Bestrebungen rücksichtslos bekämpfen. — Die umfangreiche Arbeitslosigkeit ist begreiflicherweise auch nicht

spurlos an unseren Klassenverhältnissen vorübergegangen. Imhof bat, das im Geschäftsbericht festgehaltene Zahlenmaterial zu beachten. Man werde dabei zu der Feststellung kommen, daß unsere Organisation verfehlt hat, den Mitgliedern soweit wie möglich zu helfen.

Wenn mit Beginn des Jahres die totalen Unterstützungsätze abgebaut werden mußten, dann ist dies die Schuld der Opposition, die durch weitgehende Anträge die Lokalkasse außerordentlich geschwächt hat und die ihr damals abgegebenes Versprechen, in Zeiten der Not der Lokalkasse und damit der Mitgliedschaft zu helfen, nicht eingelöst hat. Im weiteren verwies er auf den Bericht der Rechtschuhabteilung und behandelte die für die W.B.-Betriebe abgeschlossene Vereinbarung, übertarifliche Löhne betreffend. Der Vertrag hat sich als Schutz für eine große Anzahl unserer Mitglieder erwiesen.

Die Arbeit der Jugendabteilung hat nicht befriedigt. In nächster Zeit wird wiederum versucht werden, eine arbeitsfähige Jugendabteilung ins Leben zu rufen, geleitet von dem Gedanken, daß man der Lehrerbewegung das Hauptaugenmerk schenken müsse. — Die für die Betriebsräte eingerichteten Kurse und auch die in den Frauerversammlungen gehaltenen bildenden Vorträge haben Früchte getragen, wie sich besonders aus dem Bericht über die Betriebsrätebewegung ergibt. Unerhört ist es jedoch, wenn man den Betriebsräten, die uneigennützig im Interesse der Mitglieder tätig sind, die Arbeit erschwert.

Zum Schluß erklärte Imhof, daß er sachlich nur das vorgetragen habe, was sich innerhalb unserer Organisation zeige. Die größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften müsse jedoch darauf gerichtet sein, für die Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Nicht Unterstützung, sondern Arbeit wird verlangt. — Die erfolgreiche Arbeit der Ortsverwaltung wäre nicht möglich gewesen, wenn die ehrenamtlichen Funktionäre der erweiterten Ortsverwaltung und in den Betrieben die Ortsverwaltung nicht tatkräftig unterstützt hätten. Wenn diese Mitarbeiter auch weiter der Organisation gegeben wird, dann muß unser Verband unerhöhetert auch durch die heutige schwere Krisenzeit kommen. — Kollege Becker ergänzte hierauf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht.

In der Diskussion anerkannte Kollege Selke, daß die ehrenamtlichen und beamteten Funktionäre der Ortsverwaltung ihre Pflicht erfüllt hätten und zu Beanstandungen keinen Anlaß geben. Trotzdem vertrete er die Auffassung, daß das System geändert werden müsse. Nur mit anderen Führern könne das durchgeführt werden, was die Organisation schon seit langen Jahren verlange. Die Gewerkschaften in ihrer heutigen Zusammensetzung bekämpfen nicht den Kapitalismus, sondern sie wollen diesen zur Gesundung bringen. Auch in Krisenzeiten müßten Kämpfe geführt werden. Unter stürmischen Widerspruch der Versammlung behandelte er die Reichspräsidentenwahl. Dieser Widerspruch gab ihm Veranlassung zu der Behauptung, daß eine organisierte Clique ihn am Weiterreden verhindern wolle. — Der Versammlungsleiter stellte hierzu fest, daß von einer „organisierten Clique“ nicht gesprochen werden könne, da Fraktionen — gleich welcher Art — von der Verwaltung grundsätzlich nicht gebildet werden.

Kollege Klempin erklärte sich grundsätzlich gegen die RVD. Nur die Gewerkschaften sind das feste Bollwerk, das der Arbeiterschaft unbedingt erhalten bleiben müsse. Das Kapital hat es verstanden, sämtliche Lasten von sich abzuwälzen. Die von den Gewerkschaften geforderte 40-Stunden-Woche sei noch nicht einen Schritt weitergekommen. Er und seine Freunde hätten bei der letzten Wahl Lohmann als dem kleineren Uebel die Stimme gegeben. In Zukunft hoffe er, daß eine einheitliche Arbeiterfront geschaffen werde. — In ähnlichem Sinne sprachen zwei weitere Kollegen.

Kollege Krausewitz wünschte, daß die Jugendarbeit wieder in Gang gebracht wird. In einzelnen Betrieben sind Jugendgruppen neu gebildet worden. — In eindrucksvollen Ausführungen beschäftigte er sich sodann mit den Diskussionsreibern und brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, daß es immer noch Kollegen gebe, die vor der faschistischen Gefahr die Augen verschließen. Es war richtig, daß Hindenburg als das kleinere Uebel von der „Eisernen Front“ unterstützt wurde. Man solle nicht die RVD. loben und auf die Gewerkschaften schimpfen, denn dadurch würden letztere nur geschwächt. Die Mitglieder, die durch derartige Propaganda austreten, bleiben im allgemeinen unorganisiert.

Im Schlußwort rechnete Kollege Imhof im besonderen mit Selke ab, der nur radikale Phrasen vorgetragen, aber keinen Ausweg gezeigt habe. Er begrüßte die sachlichen Ausführungen des Kollegen Klempin, stellte aber einige von diesem aufgestellte Behauptungen richtig. Unförmig wäre es, wenn Gröger der Ortsverwaltung die Verantwortung dafür zuschieben wolle, was im Leo'schen Anzeiger abgedruckt

ist. Wir verlangen von unseren Mitgliedern in den Innungsbetrieben im Gegenatz zu dem dort Abgedruckten schärfsten Widerstand. Die eindrucksvollen und mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Kraußwies beweisen ihm und der Verwaltung, daß der Verband auf dem richtigen Wege sei. Er gab ein starkes Bekenntnis zur „Eisernen Front“ ab. Diese habe am 13. März bewiesen, daß sie zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr gebildet werden mußte.

Als zweiter Bevollmächtigter wurde sodann Kollege Priemer und als zweiter Kassierer Kollege Becher einstimmig gewählt. — Priemer teilte mit, daß die Redigoren Reiblinger und Kämmerer turnusmäßig ausscheiden, jedoch wieder vorgeschlagen werden. Weiter kamen Gröger, Selte und Klempin in Vorschlag. Reiblinger und Kämmerer wurden gegen acht Stimmen wiedergewählt.

Im Anschluß an diese Wahl wurden die alten Ortsverwaltungs- und Branchenleitungsmitglieder neu gewählt bzw. bestätigt. Für bisher Amtierende, jetzt ausgeschiedene treten neu in die Ortsverwaltung bzw. Branchenleitung ein: Elisabeth Schitara, Lotte Habermann, Wilhelm Krellenberg, Otto Balf, Efriede Söcher und Räte Zimmermann.

Hanau. Am 8. März fand unsere Jahresversammlung statt. Der Besuch war wohl ein guter, nur diejenigen, die anwesend sein sollten, fehlten wie üblich. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Ehrhardt, der dabei die wirtschaftliche und politische Lage streifte. Das Jahr 1931 war für uns eines der schlechtesten. — Am 7. September fand eine Mitgliederversammlung statt, die einen Bericht vom Gewerkschaftstongreß entgegennahm. Als Referenten hatten wir unsern Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hauelsen, gewonnen. Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht. Am 24. November fand eine Mitgliederversammlung statt, in der die Urabstimmung erörtert wurde. Hierbei wurden anschließend auch fünf Jubilare der Zahlstelle geehrt.

Die Arbeitslosigkeit in unserer Zahlstelle wuchs ins Unermeßliche. Wir hatten mehr Ausgaben als Einnahmen und waren immer gezwungen, von Berlin Geld anzufordern. Jetzt tritt nun zutage, daß unsere Kolleginnen und Kollegen bei guten Zeiten versäumt haben, ihren Verpflichtungen regelmäßig nachzukommen. Gewaltige Summen wurden hier ausgegahlt an Unterstufungen. Wir konnten dies tun, weil wir bei guten Zeiten vorgesorgt hatten. Heute kritisieren trotzdem noch viele Mitglieder den „hohen“ Verbandsbeitrag. Hätten wir diesen nicht gehabt, dann wären wir nicht in der Lage gewesen, Unterstufungen auszahlen zu können. Der Verband gewährt sogar eine Extrazustellung an ausgefallene Erwerbslose und die Lokalkasse gab auch einen Teil dazu, da wir die Gelder hierfür hatten. Die A.B.D. hatte es ja in Hanau einmal versucht, mit ihrem niedrigen Beitrag einen Streik durchzuführen. Erreicht hat sie damit nur einen Zusammenbruch, da sie ihren Leuten eine Unterstufung nicht zahlen konnte. Und wir zahlen nicht nur Unterstufungen, auch in wirtschaftlichen Kämpfen stellen wir unseren Mann. Auch Weihnachten haben wir unsere arbeitslosen Mitglieder nicht vergessen. — Die Beschäftigtenzahl ist gewaltig zurückgegangen. Die Firma J. & S. Schien z. B., einer der größten Etuisbetriebe, beschäftigte früher ungefähr 120 Personen, am 1. Oktober waren es noch 57 und heute noch ganze 8.

Der Mitgliederstand war am 15. Februar 101 Kollegen, 8 männliche Jugendliche, 104 Kolleginnen und 7 weibliche Jugendliche, insgesamt 220 Mitglieder.

Die Nationalsozialisten gehen nun Kampf über, um die stolze Arbeiterbewegung zu vernichten, wie es einstmals in Italien geschehen ist. Sie schreden vor nichts zurück. Ihre Robeiten gehen bis zum äußersten und es gibt tote und Verwundete. Ihnen muß ein Kampfblock entgegengestellt werden, und das ist die Eisernen Front. Deshalb zeichnet auch ein in das Eiserne Buch!

Den Kassenbericht erstattete Kollege Höhn. Einer Einnahme von 8289,05 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 8343,15 Mk. gegenüber. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2773,51 Mk. und eine Ausgabe von 2022,55 Mk., jetziger Bestand 755,96 Mk.

Die Diskussionsredner hatten gegen die Geschäftsführung des Vorstandes nichts einzuwenden, daher erfolgte einstimmige Wiederwahl des Vorstandes. Als Delegierte zum Goutag wurden die Kollegen Ehrhardt und Höhn gewählt. Der Vorstand legte der Versammlung zwei Anträge zum Verbandstag vor, beide behandelte die Invalidentenversicherung und wurden einstimmig angenommen. Zum Kandidaten für die Verbandsrats-Delegiertenwahl wurde ebenfalls einstimmig Kollege Ehrhardt gewählt.

Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt waren, schloß Kollege Ehrhardt die Versammlung mit einem nochmaligen Hinweis auf die kommenden Wahlen.

Hirschberg. In unserer Versammlung vom 19. März behandelten wir unseren Verbandsrat. Als Delegierter des 5. Bezirks wurde Kollege Hölzel vorgeschlagen und anschließend einige Anträge beraten, die die Zahlstelle an den Verbandstag zu stellen gedachte. Diese Anträge fanden deswegen einstimmig Annahme, weil jedes Mitglied, das von traurigen Los der Arbeitslosigkeit getroffen wurde, verstehen gelernt hatte, daß nur durch gemeinsames Handeln eine Linderung der Not möglich ist. Auch unsere Arbeitslosen wollen Mitarbeiter bleiben und nicht nur Nutznießer der Organisation sein. Die kommende Zeit braucht eine innig verbundene Arbeiterschaft. Hier dürfen selbst die Erwerbslosen nicht zurückbleiben.

Den zweiten Teil der Versammlung füllte ein Vortrag des Arbeitersekretärs, Kollegen Hirnbach, über „Fragen im täglichen Recht“ aus. Gekickt führte uns der Redner durch die Fälle, in denen ahnungslose Menschen von den sogenannten Abonnementversicherungen geprellt wurden. Er wies an Hand vieler Beispiele nach, daß wir in die „Volksfürsorge“, das Unternehmen der Arbeiter, gehören, wenn wir nicht geschädigt werden wollen. Die Abzahlungsgeschäfte der verschiedensten Art wurden beleuchtet und die Gefahren, die diese für den Arbeiterhaushalt bringen können, aufgezeigt. Die Moral: Kaufe in der Genossenschaft! Brauchst du ein Abzahlungsgeschäft, dann unterschreibe nie, bevor du den Vertrag geprüft hast. In leichtverständlicher Weise fesselte der Redner die Zuhörer und gestaltete durch humorgewürzte Einschaltungen den Abend zu einem recht befriedigenden. Reicher Beifall war der Dant der Versammlung.

Stettin. „Schafft uns Arbeit!“ So hieß das Thema, über das Genosse Schmalstedt in unserer Mitgliederversammlung am 19. März sprach. Der Besuch war — der Tagesordnung entsprechend — sehr gut. Der Vortragende ging davon aus, daß sich die Voraussage Brünnings, der für den Winter mit 7 Millionen Arbeitslosen rechnete, erfüllt habe. Das bedeutet, daß der dritte Teil sämtlicher Lohnarbeiter zum Feiern gezwungen ist. Die Zahl der Erwerbslosen der ganzen Welt berechnet man mit 25 Millionen. Als die hauptsächlichsten Gründe der Krise, die infolge ihres Ausmaßes nicht mit ähnlichen Erscheinungen der Vorkriegszeit verglichen werden kann, besprach der Referent die Folgen des Weltkrieges und die Strukturänderungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Von den jetzt so zahlreich auftauchenden Plänen zur Befreiung der Arbeitslosigkeit interessierte uns besonders der Plan der Gewerkschaftsleiter Woytinski-Tarnow-Baade. Nach diesem Plan sollen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch Reichsbahn, Reichspost, Länder, Gemeinden und Reichsbehörden zwei Milliarden Mark bereitgestellt werden, mit denen mindestens 600 000 Menschen Beschäftigung erhalten können. Wir dürfen jedoch bei all diesen Plänen nicht vergessen, daß selbst bei bester Konjunktur infolge des heutigen Standes der Rationalisierung noch Millionen unbeschäftigt bleiben werden. Der Vortragende schloß mit der Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Organisationen so gefestigt würden, daß die Beschlüsse des bevorstehenden Kräftentongresses auch durchgeführt werden! Die Versammlung war bis zum Schluß der lehrreichen Ausführungen sehr aufmerksam, sie spendete dem Vortragenden reichen Beifall. Unser Vorsitzender, Kollege Bollnow, unterstrich das Gesagte und hob hervor, daß Arbeit in Fülle vorhanden sei, denn es fehle an allem. Doch an der Finanzierung dürfe die Arbeitsbeschaffung nicht scheitern.

Bei der Berichterstattung über den Verlauf des Goutages verwies Kollege Bollnow auf den ausführlichen Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“. Der Zeitmangel habe sich sehr störend bemerkbar gemacht.

In keiner Zahlstelle des Gaus sind Einrichtungen zur Unterstützung der Erwerbslosen und Ausgesteuerten so getroffen wie in Stettin. Da das Goutakomittee vorschreibt, daß Anträge, die der Goutag abgelehnt, dem Verbandstag nicht mehr vorgelegt werden können, zogen unsere Delegierten die Anträge der Zahlstelle Stettin zurück. Unsere alte Forderung nach zentraler Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfragen ist auch auf dem Goutag vom Kollegen Bollnow vertreten worden. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Bollnow von den Versammelten vorgeschlagen. In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende auf die Angriffe der Unternehmer gegen unseren Lohntarif hin und erläuterte die Bestimmungen der Vierien Notverordnung, die auf die Lehrlingsentschädigung Anwendung finden. Ein gemäßigtes Beikommenbildete den Schluß der angeregten verlaufenen Versammlung.

Gau Nordbayern.

Der Gauvorstand beruft zum Sonntag, dem 17. April, vormittags 9 Uhr, den

Goutag

nach Nürnberg, „Metallarbeiterhaus“, Bördere Kartshäusergasse, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes und Agitation im Gau. (Berichterstatler Weindäder.)
2. Unsere Reichstarpolitik. (Referent Weindäder.)
3. Stellungnahme zum Verbandstag. (Referent Herber.)
4. Anträge und Mitteilungen.

Wir ersuchen alle Teilnehmer am Goutag, sich so einzurichten, daß die Beratungen am 17. April, früh 9 Uhr, pünktlich beginnen können.

Nähere Mitteilungen erfolgen durch Rundschreiben.

Der Gauvorstand. J. A.: Fr. Weindäder.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Rundschreiben Nr. 342, Abbau überparteilicher Löhne betreffend, ist noch nicht von allen Verwaltungen beantwortet. Wir ersuchen um sofortige Erledigung.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Cevertusen: B.: H. Mißho, Wiesdorf, Bergeluisstr. 6.

K.: Fr. Bonn, Wiesdorf, Kaiserplatz 12.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Die Gewerkschaften in Abwehrstellung.

Der Ausschuß des A.D.G.B.

Jakob Hentes f.

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Änderungen in der Arbeitslosenversicherung.

Berichte: Berlin — Hanau — Hirschberg — Stettin.

Gau Nordbayern.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Beitr.

Abbau überparteilicher Löhne — Adressenänderungen.

Sterbetafel.

Sterbetafel.

Im Monat März sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

Berlin: Hedwig Grabow, Buchbinderrelarbeiterin, 58 Jahre, Herzschlag.	Kiel: Wilhelm Clausen, Buchbinder, 53 Jahre, Grippe und Lungenentzündung.
— Marie Stengel, Buchbinderrelarbeiterin, 44 Jahre, Blinddarmerkrankung.	Leipzig: Rudolf Arnold, Buchbinder-Invalide, 63 Jahre, Krebsleiden.
— Richard Matthes, Buchbinder, 56 Jahre, Herzschwäche.	— Gustav Rummich, Buchbinder, 64 Jahre, Herzschlag.
Bonn: Jakob Hentes, Buchbinder, 42 Jahre, Tuberkulose.	— Felix Marg, Buchbinder, 48 Jahre, Gehirnschlag.
Dresden: Adolf Glöckner, Präger, 20 Jahre, Freitod.	München: Angelina Blüml, Buchbinderrelarbeiterin, 54 Jahre, Lungenerkrankung.
— Ernst Gräfe, Buchbinder, 35 Jahre, Lungenerkrankung.	— Marie Daudeker, Heflerin, 30 Jahre, Lungenerkrankung.
Hannover: Karl Pfisterer, Etuismacher, 55 Jahre, Unglücksfall.	

Allen ein ehrendes Andenken!